

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 9

Artikel: Grundsätzliches zur schweizerischen Landesverteidigung
Autor: Wicki, André Aloys
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grundsätzliches zur schweizerischen Landesverteidigung

Die von unserem Mitarbeiter Emil H. Walter verfaßten «16 Thesen zur schweizerischen Wehrpolitik» (vgl. Heft 6/66 unserer Monatsschrift) haben über die Grenzen der SPS hinaus ein lebhaftes Echo ausgelöst. Der Jurist Dr. A. A. Wicki, Offizier und Mitglied der Christlichsozialen Partei, hat es unternommen, zu Walters Thesen kritisch Stellung zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Entgegnung veröffentlichen. Dies geschieht vor allem aus der Überzeugung, daß der politische Kampf in der Demokratie nicht durch Abkapselung in einer Ghetto-Partei geführt werden kann. Was jeder politischen Partei heute not tut, das ist die weite geistige Öffnung. Nur auf diese Weise können wir von der Vielfalt der Ideen und geistigen Strömungen Kenntnis nehmen. Für uns Sozialdemokraten hat dabei allerdings zu gelten, was der bekannte österreichische Sozialist Günther Nenning – Herausgeber der ausgezeichneten Schrift «Neues Forum» – jüngst zutreffend formuliert hat: Wir nehmen nicht Kenntnis von der Welt, um uns ihr anzupassen, sondern um sie zu verändern.

R. L.

Vorbemerkung

Im Juni-Heft der «Roten Revue» veröffentlichte Emil H. Walter «16 Thesen zur schweizerischen Wehrpolitik». Anhand verschiedener Modellfälle suchte er nachzuweisen, daß in Europa auf längere Sicht, wenn nicht ein totaler, kein Krieg zu erwarten sei; jedenfalls keiner, in dem eine, sei es auch atomar gerüstete, Schweizer Armee irgendeine nennenswerte Schutzfunktion erfüllen könne. Er plädierte deshalb für ein neues nationales Selbstverständnis und für eine aktive schweizerische Politik, die in Friedenszeiten schon die Interessen aller möglichen Gegner an der Erhaltung einer «Friedensinsel Schweiz» wecke und festige.

Walter hat erkannt, daß es nicht genügt, die Schrecken eines Atomkrieges an die Wand zu malen und zu verlangen, die Schweiz solle – koste es, was es wolle – mit dem «guten Beispiel» der Abrüstung vorangehen, wie dies die meisten Atomwaffengegner zu propagieren nicht müde werden. Seine «Thesen», so wenig man mit ihnen einverstanden sein mag, sind ein erfreuliches Zeichen dafür, daß sich auch ein Gegner einer schweizerischen Atombewaffnung darum bemühen kann, zu diesem wohl wichtigsten Problem unserer nationalen Selbstbehauptung sachlich und von der militärpolitischen Betrachtungsweise her Stellung zu nehmen. Gerade deshalb ist es notwendig, auf Walters Bemerkungen einzutreten, sie in ihren Zusammenhang zu stellen, sie zu ergänzen und wo nötig zu berichtigen.

Kleine Methodik für Militärpolitiker

Die militärpolitische Diskussion in unserem Lande ist äußerst lebhaft und vielseitig: Dreht sie sich nicht gerade um Atomwaffen, Hochleistungsflugzeuge oder um das Militärbudget, so doch mindestens um Dienstverweigerer,

Ausgangsuniformen und psychologische Rekrutenprüfungen. Das ist gut so und spricht für das Interesse des Schweizer Bürgers an seiner Armee. Anderseits ist aber nicht zu verkennen, daß die Auseinandersetzungen sich allzuoft an Nebensächlichkeiten entzünden und deren Bedeutung gewaltig übertreiben, während entscheidende Fragen unbeantwortet bleiben, und daß die Argumentation nicht selten der Folgerichtigkeit entbehrt.

Dieser unbefriedigenden Situation läßt sich nur begegnen, wenn die richtige Reihenfolge des Denkens auch in der Militärpolitik wieder befolgt und jede Frage mit Rücksicht auf ihren größeren Zusammenhang behandelt wird. Einer klaren und genügend umfassenden Umschreibung der Ziele unserer Landesverteidigung – die erstaunlicherweise immer noch fehlt – muß eine gründliche Erforschung der Bedrohung folgen. Erst dann läßt sich vernünftigerweise über die politischen und militärischen Mittel diskutieren, die es uns gestatten sollen, trotz der Bedrohung unserer Ziele zu erreichen. Dabei müssen dann selbstverständlich auch die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes berücksichtigt werden.

Auch den Ausführungen Walters kann nun der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie diese grundlegenden Regeln mißachten. So bleibt unklar, worin Walter die Ziele unserer Landesverteidigung erblickt; von einer ernsthaften Beurteilung der Bedrohung kann trotz der Erwähnung verschiedener Kriegsziele und Verhaltensweisen eines möglichen Gegners nicht die Rede sein; schließlich bleibt unerwähnt, wie sich der Verfasser die von ihm empfohlene aktive schweizerische Außenpolitik und die künftige Aufgabe und Gestalt der Armee, die er beibehalten wissen will, vorstellt.

Von den Zielen unserer Landesverteidigung

Die Juristen definieren den Staat als souveränen Gebiets herrschaftsverband. Da beim Staat wie beim Menschen die Selbsterhaltung den ersten und vornehmsten aller Zwecke darstellt, welcher die Verfolgung der übrigen Zweckbestimmungen erst ermöglicht, muß das Ziel der Politik und damit auch der Landesverteidigung darin bestehen, die drei Elemente, aus denen sich der Staat zusammensetzt, zu erhalten: Das Staatsvolk, das Staatsgebiet und die souveräne Staatsgewalt.

Dies klingt selbstverständlich, wurde und wird aber bei uns nicht immer mit aller notwendigen Deutlichkeit erkannt und befolgt. Mit der Truppenordnung 61 wurde zwar geistig und materiell der Rahmen geschaffen, der es unserer Armee ermöglichen sollte, den Kampf um das gesamte Staatsgebiet aufzunehmen und damit auch die Unabhängigkeit zu behaupten. Der Schutz der Bevölkerung aber, dessen Bedeutung angesichts der atomaren Bedrohung vordringlich geworden ist, blieb unerwähnt, bis er dann in die Umschreibung des Auftrages an Oberstkorpskommandant J. Annasohn aufgenommen wurde,

der bekanntlich die Anpassung unserer Verteidigung an die «totale Kriegsführung» studieren soll.

Diese Minimalforderungen an eine Zielsetzung werden aber in der neuesten Verlautbarung des Bundesrates über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung, der Antwort auf die Motion Bringolf, unverständlichlicherweise wieder fallengelassen. Es heißt dort: «Im Kriege ist es Aufgabe der Armee, durch einen hartnäckigen, lange dauernden und für den Angreifer möglichst verlustreichen Widerstand unsere Unabhängigkeit zu erhalten. Im Rahmen dieser allgemeinen Zielsetzung soll, wenn es die strategische Lage gestattet, ein möglichst großer Teil unseres Staatsgebietes behauptet oder wenigstens ein begrenzter Raum gehalten werden.» Die Botschaft glaubt damit nicht einmal, unsere Zielsetzung aus dem Zweiten Weltkrieg aufrechterhalten zu können, indem sich die Armee unter Preisgabe des Mittelstandes ins Réduit zurückziehen mußte. Sie fährt dann allerdings beruhigend fort, es sei Endziel unseres Abwehrkampfes, «den Fortbestand von Volk und Staat durch den Krieg hindurch zu wahren und am Ende desselben unser gesamtes Staatsgebiet in Besitz zu haben».

Das ist die verklausulierte Sprache des Diplomaten, dessen größte Sorge der Aufrechterhaltung einer symbolischen Präsenz gilt, die uns dann nach Kriegsende Anspruch auf einen Sitz am Verhandlungstisch geben soll – eine reichlich veraltete Vorstellung überdies. Es ist aber nicht die Sprache des Soldaten, der um die Schrecken eines modernen Krieges weiß und deshalb seinen ganzen Einfluß zuerst für die Kriegsverhinderung einsetzt und erst dann für die Führung eines hartnäckigen und lange dauernden Abwehrkampfes, der für den Verteidiger wohl bedeutend verlustreicher ausfallen dürfte als für den Angreifer.

Die optimistischen Versicherungen der Botschaft über das Endziel unseres Abwehrkampfes können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Bundesrat – sei es aus innenpolitischen Rücksichten, sei es, weil er nicht an eine Kriegsgefahr glaubt – vor den Konsequenzen scheut, die sich aus einer vorbehaltlosen Umschreibung der Zielsetzung unserer Landesverteidigung ergeben. Er verzichtet also auf den stolzen Anspruch der Schweiz, im Frieden nichts zu unterlassen, um ihre Staatlichkeit auch im Kriege soweit immer möglich aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten, und verweist schon heute auf die Möglichkeit einer «Befreiung» – durch wen? Es sind zwar Zwangslagen denkbar, in denen eine solche Haltung als realistisch bezeichnet werden müßte; in Zeiten relativen Friedens und wirtschaftlichen Wohlergehens, wie wir sie gegenwärtig genießen dürfen, wäre es aber ein bedenkliches Zeichen für die Selbstachtung und die innere Kraft eines Volkes, wenn es solche Äußerungen der Resignation seiner Regierung widerspruchslos hinnehmen würde.

Das Bild der Bedrohung

Aber: Ist die Schweiz überhaupt bedroht? Oder entspricht diese Ansicht nicht vielmehr bloß überholten Vorstellungen und Affekten, während in Wirklichkeit der ewige Friede vor der Türe steht oder doch wenigstens – wie Walter meint – das Ausland ein gewichtiges Interesse an der Erhaltung einer «Friedensinsel Schweiz» besitzt, das uns zum Schutz gereichen dürfte? Nur eine sehr sorgfältige und – wie es sich in der Politik immer empfiehlt – eher zu pessimistische als zu optimistische Beurteilung der politischen, strategischen und militärtechnischen Tendenzen kann uns diesen Blick in die Zukunft gestatten. Dabei versteht es sich von selbst, daß eine solche Beurteilung nicht in einem Zeitschriftenbeitrag und nicht allein auf Grund allgemein zugänglicher Informationen vorgenommen werden kann. Immerhin läßt sich etwa soviel festhalten:

Noch vor wenigen Jahren glaubte man, das «Gleichgewicht des Schreckens» sei so stabil, daß die Erhaltung des Friedens lediglich von der Wachsamkeit und vom guten Willen der beiden Atomgroßmächte abhänge. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß dieses Gleichgewicht einerseits zu stabil und anderseits zuwenig stabil war: Zu stabil, weil die Drohung mit der Auslösung eines weltweiten Atomkrieges unglaublich war, so daß es beschränkte Aggressionen nicht zu verhindern vermochte, und zuwenig stabil, weil es durch waffentechnische Durchbrüche und durch die Entstehung neuer Atommächte erschüttert werden konnte. Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen und läßt sich aller Voraussicht nach auch nicht aufhalten. Die Bestrebungen der Genfer Abrüstungskonferenz zum Abschluß eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sind vor allem an der ablehnenden Haltung der Sowjetunion, aber auch wegen der begründeten Skepsis der beteiligten Neutralen, die unter der Führung Schwedens für ihren Verzicht entsprechende Gegenleistungen forderten, gescheitert.

Auch die Möglichkeiten einer weiteren Auflösung der ideologischen Front in Europa, des Wiedererstarkens der nationalstaatlichen Idee, der Befolung eines schwankenden Neutralismus oder gar der Bildung von kommunistischen Stützpunkten «hinter der Front» und damit einer erneuten Einkreisung der Schweiz müssen in Betracht gezogen werden. Aus all diesen Perspektiven ergibt sich zwar eine wachsende politische Bedeutung und Handlungsfreiheit, aber auch eine wachsende Bedrohung des neutralen Kleinstaates.

Wo beginnt nun aber in diesem politischen Ringen für uns der «heiße Krieg», das heißt mit welchen Formen der Bedrohung muß unsere militärische Landesverteidigung rechnen? Vergegenwärtigen wir uns die drei wesentlichen Elemente des modernen Kriegsbildes – die praktisch unbegrenzte Zerstörungskraft der Nuklearwaffen, die überall und immer bestehende Gefahr eines Angriffes und die Möglichkeit, ein Land zu vernichten, ohne daß

auch nur ein Soldat die Grenze zu überschreiten braucht –, so wird sofort klar, daß sich den Mächten, die über die entsprechenden Mittel verfügen, die atomare Erpressung als wirksamstes und «billigstes» Vorgehen anbietet, um den Widerstand eines Volkes zu brechen. Auch ein lokaler Krieg, das heißt eine geographisch und im Einsatz des militärischen Potentials beschränkte Aktion kann zur Erreichung der Vorherrschaft in einem bestimmten Raum ins Auge gefaßt werden, ohne daß ein allzu großes Risiko der Ausweitung des Konfliktes besteht. In Europa ist weiterhin mit einem begrenzten Krieg zu rechnen, das heißt mit einer geographisch und unter Umständen waffenmäßig beschränkten Auseinandersetzung zwischen Mächtegruppen, ohne Einsatz der sogenannten strategischen Atomstreitkräfte gegen das Kernland der beteiligten Großstaaten. Die Amerikaner erachteten dabei einen Überfall durch 20 bis 30 sowjetische Divisionen als die wahrscheinlichste Variante, während sie mit einem Einsatz atomarer Waffen weniger zu rechnen scheinen, da der Angreifer in diesem Fall einen ersten Schlag der ungeschwächten strategischen Atomstreitkräfte der USA zu befürchten hätte. Es läßt sich aber durchaus denken, daß die beiden Großmächte übereinkämen, auf einen weltweiten atomaren Schlagabtausch zu verzichten und ihren Konflikt auf dem «Kriegstheater Europa» auszutragen. Daß ein allgemeiner Atomkrieg schließlich, selbst ohne direkten Angriff auf unser Land, für die Schweiz eine Katastrophe darstellen würde, die sich in jeder Hinsicht unserer Beeinflussung entzöge, bedarf keiner Begründung.

Unsere Antwort

Der erwähnte Bericht des Bundesrates über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung gibt eine der möglichen Antworten auf diese Bedrohung: Wir bauen, unter sorgfältiger Rücksichtnahme auf den Bundesfinanzhaushalt, unsere konventionelle Armee und den Zivilschutz weiter aus, um gegebenenfalls einen Kampf um Zeitgewinn führen zu können. Daß auf diese Weise weder die Erhaltung unserer Unabhängigkeit noch die Behauptung des Territoriums und schon gar nicht ein wirksamer Bevölkerungsschutz gewährleistet werden kann, sondern daß man im Gegenteil auf die Verteidigung wesentlicher Gebietsteile verzichten, die Bevölkerung mit einer Katastrophenhilfe durch die Armee vertrösten und im übrigen auf eine «Befreiung» hoffen muß, wird bewußt in Kauf genommen – offenbar in der Hoffnung, daß es auf absehbare Zeit hinaus nicht so weit kommen werde.

Statt derart zu resignieren, könnten wir auch nach politischen Lösungen suchen, um uns unter den Schutz einer Großmacht zu stellen, also ein Bündnis eingehen. Wir würden aber dabei kaum etwas gewinnen, weil das bestehende Bündnissystem uns heute schon so weit schützt, als es dies überhaupt noch zu tun vermag, wird doch der Wert militärischer Allianzen gegenüber der atomaren Bedrohung immer fragwürdiger. Wir würden im Gegenteil unsere mili-

tärische und politische Unabhängigkeit aufs Spiel setzen, deren Erhaltung wir uns durch das Bündnis gerade erleichtern möchten.

Der dritte und einzige erfolgversprechende Weg scheint demnach darin zu bestehen, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Abschreckungswirkung, die unserer Armee gegenüber konventionellen Kriegsformen zukommt, auf die atomare Ebene auszudehnen, denn – dies kann nicht oft genug betont werden – die Ziele unserer Landesverteidigung und insbesondere der Schutz der Bevölkerung vor der Vernichtung lassen sich gegenüber der atomaren Bedrohung nur gewährleisten, wenn es uns gelingt, einen Kriegsausbruch überhaupt zu verhindern. Neben ihrem Abschreckungswert ist die effektive Kampfkraft der Armee dabei insofern von Bedeutung, als sie ein «Unterlaufen» der atomaren Abschreckung zu verhindern und – sollte die Abschreckung trotzdem versagen – die Dauer des Kampfes zu garantieren hat. Die konventionelle Armee erhöht dadurch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Ähnliches gilt für den Zivilschutz, welchem zudem, dies sei nicht verkannt, eine erhebliche psychologische Bedeutung zukommt.

Das atomare Stachelschwein

Theoretisch sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar, um unserer Landesverteidigung atomare Zähne einzusetzen. Die einfachen und billigen Lösungen, also insbesondere der Aufbau einer konventionellen Armee, die auf atomare Hilfe aus dem Ausland – mit oder ohne vorherige Absprache – eingestellt wäre, sind insgesamt als militärisch unzuverlässig und teilweise als vom neutralitätspolitischen Standpunkt aus höchst bedenklich abzulehnen.

Die nächste Stufe, die Beschaffung von Atomwaffen zur taktischen Verwendung, wird in der schweizerischen Öffentlichkeit am häufigsten erwogen; auch Walter hat sich in seinen «Thesen» vor allem mit den Vor- und Nachteilen eines derartigen Potentials auseinandergesetzt, allerdings ohne genau zu definieren, was er darunter versteht. Für schweizerische Verhältnisse könnte man Atomwaffen als taktisch bezeichnen, die nach Sprengkraft und Reichweite zur Verwendung durch Verbände bis und mit Stufe Armeekorps bestimmt sind und den Zweck haben, einzelne Gefechte oder Schlachten gewinnen zu helfen. Solche Waffen würden zweifellos eine beträchtliche Steigerung unserer Kampfkraft mit sich bringen und dadurch auch die Abschreckungswirkung unserer Armee gegenüber gewissen unteren Kriegsformen erhöhen. Eine entscheidende Verbesserung der Abschreckung gegen atomare Kriegsformen wäre aber nicht zu erwarten. Insofern ist also den Ausführungen Walters beizupflichten.

Obwohl es uns auf längere Sicht nicht als möglich erscheint, eine selbständige strategische Atomstreitmacht zu Vergeltungszwecken aufzubauen – was an sich ein Maximum an Abschreckung darstellen würde –, will dies aber nicht heißen, daß die Schweiz bis dahin der atomaren Bedrohung schutzlos

ausgeliefert sein müsse. Den Untersuchungen mehrerer kompetenter schweizerischer Fachleute zufolge – die natürlich einer eingehenden Überprüfung bedürfen, durch ausländische Publikationen aber bestätigt wurden – sollte unser Land nämlich in der Lage sein, selbständig ein Atompotential zur operativen Verwendung aufzubauen. Das sind Atomwaffen, die nach Sprengkraft und Reichweite zur Verwendung auf der Stufe Armee bestimmt sind und den Zweck haben, entscheidend in die militärischen Kampfhandlungen um unser Land einzugreifen. Ein solches Potential – das, nebenbei bemerkt, im Ausland noch als taktisch bezeichnet wird – würde eine massive Erhöhung der Abschreckung gegenüber allen denkbaren Kriegsformen, mit Ausnahme natürlich eines weltweiten Atomkrieges, der sich unserer Beeinflussung entzieht, und eine entscheidende Verbesserung unserer psychologischen und materiellen Widerstandskraft bedeuten. Es ließe sich zudem, im Gegensatz zu den taktischen Atomwaffen im engeren Sinne, eindeutig von der konventionellen Armee trennen und würde demnach nicht wie diese der gefährlichen Vorstellung rufen, unsere Armee könne auch einen konventionellen Angriff nicht anders als atomar beantworten.

En connaissance de cause ...

Es versteht sich von selbst, daß eine Weiterentwicklung unserer Landesverteidigung wie die hier skizzierte zahlreiche und gewichtige Probleme aufwirft, die im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages nicht einmal gestreift werden können: Es sei nur an die verhältnismäßig lange Beschaffungszeit von Atomwaffen und an die gewaltige strategische und militärtechnische Entwicklung erinnert, die sich unterdessen abspielen könnte, an die hohen technischen und industriellen Anforderungen eines solchen Projektes, an den Finanzbedarf, an die möglichen Reaktionen des Auslandes usw.

Obwohl der Bundesrat bereits 1958 die Durchführung entsprechender Abklärungen beschlossen hat, ist man heute – neun Jahre später! – immer noch auf die Arbeiten privater Fachleute angewiesen, wenn man sich über den Stand der Dinge informieren will. Auch der bereits mehrfach erwähnte Bericht über die Konzeption unserer militärischen Landesverteidigung scheint völlig unbelastet von derartigen Erwägungen verfaßt worden zu sein, so daß sich die Frage aufdrängt, ob eine Konzeption, welche die militärisch und politisch bedeutsamste Erfindung der letzten Jahrzehnte einfach auszuklammern versucht, diesen Namen wirklich verdient. Immerhin wird die weitere Prüfung des Problemkreises zugesichert: «Dazu gehört nicht nur eine gründliche Beurteilung der Schutzmöglichkeiten und der Abschreckungswirkung sowie die Frage, wie weit und unter welchen Voraussetzungen Nuklearwaffen unsere Kampfkraft zu verstärken vermöchten, sondern auch die Prüfung der Grundlagen, die eine Entschlußfassung über eine allfällige Ausrüstung mit Kernwaffen erst ermöglichen könnten. Diese Abklärungen müssen die Frage

einschließen, wann der Punkt erreicht wäre, an dem die weitere Ausbreitung der Kernwaffen unser Land zu ihrer Beschaffung zwingen könnte.»

Es ist sehr zu hoffen, daß diese Abklärungen von erstklassigen Fachleuten aller in Frage kommenden Disziplinen, denen auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, durchgeführt werden und daß sie nicht weitere neun Jahre in Anspruch nehmen, denn – um mit der ersten «These» Walters zu schließen – «mit der Frage nach Sinn oder Unsinn einer atomaren Aufrüstung der Schweizer Armee ist Bestand und Zukunft unserer Armee überhaupt zur Diskussion gestellt».

HEINZ ROSCHEWSKI

Zwischen Erde und Mond

stehen wir vor dem ganz modernen und uralten Phänomen der Raumfahrt, welches Menschen dazu bringt, sich in den Kosmos schießen zu lassen. Was sind das für Menschen, die Astronauten? «Helden und Verdammte», wie Robert Jungk sie nennt, «die großen, von Glanz und Tragik umwitterten Protagonisten eines noch ungeschriebenen Epos»? Oder brave, staatlich angestellte Himmelsstürmer, Gehaltsklasse V bis VII?

Die berühmte italienische Journalistin und Schriftstellerin Oriana Fallaci ist hinter die Mauern von Cape Kennedy und Houston gedrungen, hat den Alltag der Wissenschaftler, Techniker und Astronauten geteilt und mit ihnen gesprochen und wieder gesprochen. Sie zeigte, daß hinter diesen Mauern nicht nur ehrgeizige, gefühllose Übermenschen leben, sondern Menschen von Fleisch und Blut, in und an denen sich vielleicht heute schon die «Mutation der Menschheit» zu vollziehen beginnt¹.

Aber welchen Erscheinungen werden die Menschen beim Aufbruch in den Kosmos begegnen? Was werden sie finden? Wie wird dieser Vorstoß in neue Dimensionen, vielleicht sogar das Auffinden anderer Wesen, unser Leben auf der Erde beeinflussen und verändern? Das sind Fragen, die Oriana Fallaci in ihren Gesprächen mit den Astronauten, den Gladiatoren des Weltraumzeitalters, immer wieder aufwirft. Weder sie noch ihre Gesprächspartner können freilich mehr bieten als Vermutungen und Phantasie. Aber in diesen Debatten über Gott, über die Schöpfung und den neuesten Versuch, sie zu erkennen, «wird der Leser des zu Ende gehenden zweiten Jahrtausends», sagt Robert Jungk zum Buch von Oriana Fallaci, «für Augenblicke aus seiner Epoche hinauskatapultiert, überwindet er lesend minutenlang die Schwerkraft gegen-

¹ Oriana Fallaci: *Wenn die Sonne stirbt. Eine Frau begegnet den Pionieren der Astronautik.* Mit einem Vorwort von Robert Jungk. Econ-Verlag, Düsseldorf, 464 Seiten, DM 25.—.